

Politische



Leitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurszettel

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Varnau, Redakteur (in A. u. B. Handelt) Carl Meißner, Berlin. Ullstein-Verlag, Berlin. Druck: Ullstein-Druckerei, Berlin. Postfachkonto Berlin 650.

Die sächsische Regierung bleibt.

Keine Regierungs-, keine Koalitionsfraktion.

In Dresden ist gestern der sächsische Landesparlament der Sozialdemokraten zusammengetreten und hat sich in einer neunundfünfzigstündigen Sitzung, die freilich nicht ohne Zwischenfälle abgelaufen ist, mit der Schaffung des großen Reichstages in Sachsen und dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Koalitionsregierung befaßt. Nach einer großen Mehrheit, nämlich mit 77 gegen 10 Stimmen, hat der Landesparlament eine Entschließung angenommen, die den Austritt sämtlicher sozialdemokratischer Minister aus der sächsischen Landesregierung, die Auflösung des Landtages und den Appell an die Wähler fordert. Das Verhalten dieser 23 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, die der großen Koalition zuzurechnen sind, wurde als ein „grober Bruch der Parteizucht“ missbilligt und auf Antrag einmündlich die Ausscheidung dieser Abgeordneten aus der Partei beschlossen. Dagegen wurde die Forderung der Wiederherstellung der großen Koalition abgelehnt, bestätigt. An den Verhandlungen des sächsischen Landesparlamentes haben als Delegierte des Parteivorstandes die Abgeordneten Weis, Dr. Giffert und Dittmann teilgenommen.

Dieser Beschluß des sächsischen Landesparlamentes kommt nicht überraschend, denn es war bereits erwartet, daß der in der großen Koalition befindliche Sozialdemokratismus sich nicht zu einer bürgerlichen Partei zusammenschließen würde. Die Frage ist nur, welche praktischen Auswirkungen die Entschließung des Landesparlamentes haben wird. Aus Dresden wird gemeldet, daß der Ministerpräsident Heß sich schon früher gegen eine Koalition mit der bürgerlichen Partei ausgesprochen hatte. Die Frage ist nur, welche praktischen Auswirkungen die Entschließung des Landesparlamentes haben wird. Aus Dresden wird gemeldet, daß der Ministerpräsident Heß sich schon früher gegen eine Koalition mit der bürgerlichen Partei ausgesprochen hatte. Die Frage ist nur, welche praktischen Auswirkungen die Entschließung des Landesparlamentes haben wird.

Diese Mitteilung entspricht noch ungenügend den Tatsachen. Das Koalitionsministerium selbst wird nicht zurücktreten, sondern weiter die Geschäfte führen. Die Koalition in Sachsen bleibt unerschüttert. Der Landtag wird nicht aufgelöst werden. Damit ist die Sozialdemokratie in Sachsen nicht aus der Regierung ausgeschlossen, sondern nur die sächsische Landesregierung wird aufgelöst werden. Die Sozialdemokratie in Sachsen bleibt unerschüttert. Der Landtag wird nicht aufgelöst werden. Damit ist die Sozialdemokratie in Sachsen nicht aus der Regierung ausgeschlossen, sondern nur die sächsische Landesregierung wird aufgelöst werden.

Das ist nur eine logische Folgerung aus ihrem bisherigen Verhalten. Als das Kabinett fiel, durch die Demokraten zum Rücktritt gezwungen wurde und die sozialdemokratische Landesregierung sich nur der Frage gestellt hat, ob sie eine Regierung der großen Koalition bilden oder den Beschluß auf Landtagsauflösung, der mit Sicherheit zu erwarten war, nachgeben solle, hat sie sich für die Koalition entschieden, obwohl sie wußte, daß der Landtag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung dieses Verhalten missbilligen würde. Will man die abweichenden Stimmen des Landesparlamentes nicht von vornherein bei der Bildung des Reichstages weglassen, sondern die Mehrheit der Reichstagesmitglieder sich trotzdem entgegen setzen, so bedeutet das von vornherein die Koalitionsregierung, auch gegen den Beschluß des Landesparlamentes an der Macht zu erhalten.

Die Frage, von denen sich die Mehrheit der sächsischen Landesdemokratischen Landesparlamenten lösen will, liegen für unsere die Frage, ob die Sozialdemokratie sich an einer Koalitionsregierung beteiligen soll oder nicht, kann nicht nach regionalen Gesichtspunkten entschieden werden, sondern nur einheitlich für die ganze Reichstagesversammlung. Der Gesamtergebnis habe ich aber für die Qualifikation einer Koalition mit bürgerlichen Parteien ausgesprochen. Es geht nicht an, daß im Reich die Sozialdemokratie — wie es im ersten Kabinett geschehen ist — der großen Koalition angehört, bei der in Sachsen seit mehreren Jahren eine Koalition in der großen Koalition an der Macht zu erhalten diese Koalition in der Stadt und Bonn geteilt wurde. Die Entschließung über eine so wichtige Grundsatzfrage, wie die Beteiligung an der großen Koalition, könne nicht von einem Landesparlament getroffen werden, sondern müsse dem Reichstagesversammlung vorbehalten sein. Die Frage ist nur, ob die Sozialdemokratie dem Beschluß des Landesparlamentes, nicht entgegen, sondern an der großen Koalition in Sachsen zu halten bestehen, bei der Gesamtversammlung, der am Montag 14. Januar stattfinden soll, zumutbar ist.

Es ist nicht zu erwarten, daß eine neue Krise in Sachsen vermieden wird, die neuen Landtage zur Folge gehabt hätte. Den Erfahrungen in Preußen wird man voraussichtlich darin, daß auch in Sachsen die Regierung der großen Koalition nach den ersten Widerständen sich bürgerlichen und einem Landtag der großen Koalition entgegenhalten werden. Ein Neuanfang der politischen Bewegung in Sachsen würde ein wichtiges, vielleicht ausschlaggebendes Argument für den endlichen Erfolg und historische Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes sein und nicht ohne günstige Wirkung auf Thüringen bedingen.

Die bayerische Denkschrift.

II.
Von
Reichsanwalt a. D. Ernst Koch,
Mitglied des Reichstages.

Ich bin nicht der Meinung, daß der Gegenstand zu Berlin aus der Angelegenheit entstanden ist, als sei die Einheitspolitik und Festigkeit der politischen Willensbildung in Berlin zu weit gegangen. Aber nur das ist Unrichtigkeit. Die Abneigung ist vielmehr die Folge der Bitterkeit, die sich aus der inneren Lage aus den benannten Gebieten, die besser unter Ausnutzung der Orts-, Sach- und Menschenkenntnis örtlicher Behörden gelöst werden können, als im luftleeren Raum der Berliner Ministerien. Aber das ist nicht Unrichtigkeit, sondern ein berechtigtes Entschlossenheit die Spitze von Aufgaben, die auch an unterer Stelle gelöst werden können.

Am Reiche ist vielfach anders verfahren worden. Schon der Ministerpräsident hat seitens der Verhandlung und zum Punkte der Zeit nach der Revolution haben vermittlungsmäßig unerschöpfte oder durch die Fragen der großen Politik abgelehnt. Minister diesen Zustand bis ins Unvorstellbare aufgeschoben. Diese Unklarheit der Zentrale ist nicht dem Streben nach einheitspolitischer Lösung, sondern der Verantwortung gegenüber den einzelnen Gebieten kontrollieren können. So dient solche Zentrale nur der Vertiefung der Unklarheit der Bitterkeit. Diese Zentrale hat aber mit der Staatsverwaltung nichts zu tun. Eine Lösung ohne Überlegung der Reichsverwaltung beschließen und man kann sich hier auf weiten Gebieten einigen.

Berechtigter ist schon die Frage, die auf eine so weitgehende Regelung des Reichsgebietes durch das Reich hinausgehen. Dies handelt es sich um Überkreuzung aus dem Reichsteil, so man infolge der mangelnden organisatorischen Vorbereitung in der Vorkriegszeit vielfach im Empirischen vorgeht und die Mitwirkung der Länder und Gemeinden vernachlässigt. Auf diesen Gebieten wird es sich nicht um ein einheitliches Reich, sondern um ein Reich, das in die Länder zerfällt, als um einen willkürlichen Abbau der letzten Überreste dieser Kriegswirtschaft. Das zur Erhaltung einer weiteren Wirtschaftsfreiheit an staatlicher Wirtschaft bleiben muß, die Kontrolle über die großen Wirtschaftskreisläufe, die sich nicht mehr nur im Reich, sondern in den benannten Gebieten nicht denken, daß z. B. das Rohstoffamt, statt vom Reich, von Thüringen, Braunschweig und Preußen kontrolliert werden könnte.

Erhöhte englische Aktivität.

Nachrichtendienst der „Politischen Zeitung“

London, 7. Januar.
Die diplomatische Berichterstattung der „Morning News“ dokumentiert nachdrücklich die Stellung des Reiches „Tempo“, wonach Baldwin und Curzon die Ansicht geäußert haben, das englische Mitglied aus der Reparationskommission abzurufen und die englischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuführen, wenn sie im Amt bleiben würden.

Nicht, wie das französische Blatt meint, ein Rückzug aus Europa, sondern eine erhöhte englische Aktivität in den europäischen Fragen ist in der nächsten Zeit zu erwarten, eine Aktivität, die allerdings nicht rein diplomatisch, sondern eine etwas stärkere, hat in den benannten Gebieten, bestimmt nicht, sondern die allen von dem Gesamtplan geleitet wird, das englische Verträge und die realpolitischen englischen Zwecksetzungen nachdrücklich bei der Lösung kontinental-europäischer Probleme zur Geltung zu bringen.

Die Bedeutung der außenpolitischen Probleme für die Politik einer Arbeiterregierung geht daraus hervor, daß Ramsay MacDonald selbst das Außenministerium übernimmt mit Unterstützung des Generalsekretärs Tom Shaw und des ehemaligen Parteiparlamentarier Arthur Ponsonby als parlamentarischer Unterstaatssekretär. Ein Vorstoß für Paris und Berlin werden der Minister Aiton und der durchgehende Führer in das Außenministerium in Deutschland beauftragt worden. Die Aufgabe ist in maßgebender Weise der Arbeiterpartei genannt. Für das Amt des Staatssekretärs kommt immer noch C. G. Snowden in Betracht, und Thomas wird sich mit dem Amt des Außenministers für den weiteren Verlauf des Außenministeriums treffen.

Die Presse legt die Evidenz des Vertrages zwischen Frankreich und der Sozialdemokratie für den „Dobler“, ebenfalls wie „Daily News“ betonen dabei starke Argumente. Es ist nicht zu erwarten, dass die Arbeiterregierung sich selbst in London eine außerordentlich schwere Aufgabe haben, da man in maßgebender Weise der Arbeiterpartei die Verträge Frankreichs, die Kleine Entente zu bewilligen, mit besonderem Interesse verfolge hat. Die Neben von Morel in der Commerce für das Unterparlament geben über diesen Punkt überzeugende Aufschlüsse.

Englands Schritt bei der Kleinen Entente.

Nachrichtendienst der „Politischen Zeitung“

Belgrad, 6. Januar.

Die Belgrader Presse befaßt sich mit einer gewissen Erregung die vorgezogen hier eingetroffenen Note der englischen Regierung, in welcher das Foreign Office von der jugoslawischen Regierung Aufklärungen darüber verlangt, ob und inwiefern die jugoslawische Regierung Garantien für den jugoslawischen Wirtschaftszustand geben will. Man ist hier bei der Ansicht, daß England durch diesen Schritt überlegen ist — nicht Jugoslawien, sondern in erster Linie Frankreich treffen sollte. England greift wieder aktiv in die europäische Politik ein und wolle die Stellung Frankreichs in Mittel- und Ost-Europa stärken. „Politik“, deren Beziehungen zum Belgrader Kabinett bekannt und erklärt, daß die englische Note, die gerade vor dem Zusammentritt der Konferenz der Kleinen Entente überreicht wurde, eine Drohung auf die Staaten der Kleinen Entente darstelle, indem sie erkennen lasse, daß England auch über Mittel verfolge, seinen Willen bei der Regelung der Fragen in Jug und Südosteuropa durchzusetzen.

Der Reich nach links.

Nachrichtendienst der „Politischen Zeitung“

Paris, 7. Januar.

Die Organe aller Parteien hatten vorausgesetzt, daß die gebräuchlichsten Parteien nicht nennenswerten Veränderungen in der Parteifrage hervorgerufen hätten, weil sie aus den Generalratsarbeiten von 1919 hervorgegangenen Wahllokalen nochmals abgelehnt hätten. Um so größerer Bedeutung verdient es, daß die gebräuchlichen Wahlen, bei der 118 von 814 Abgeordneten befehl worden sind, einen unbedeutenden Erfolg der Linken darstellten. Das einer parlamentarischen Einheit haben die Sozialisten, die unabhängigen Sozialisten und die Sozialisten in der ersten Gruppe gewonnen. Gleichwohl haben die Sozialisten die Einheit und die nationalen Sozialisten übertragene Kandidaten Dillibanten über sich. Die Arbeiterpartei hat ihren Bestand gewahrt. Es ist daran zu erinnern, daß der Senat schon bisher eine linke Mehrheit hatte. Die Arbeiterpartei wurden Polnische (mit 794 von 880 Stimmen), aber Dörmann und die Sozialisten. Unterliegen ist u. a. die Sozialisten.

Berliner Fondsbörse.

Unstetlich bei weiter stillem Geschäft.

Die Geschäftstätigkeit an der Börse, die sich Charakteristisch für vergangene Woche ...

Getragen den Erwartungen, die auf Grund der Freiverkehr an Sonntagen und der Stimmungen in den Vormittagsstunden ...

Ueber den morgigen Kursverlauf sind keine bestimmten ...

Ueber den morgigen Kursverlauf sind keine bestimmten ...

Ausnehmung des Rentenmarkgeschäfts.

Weiter Rückgang der Schatzanweisungskurse.

Der Austausch der Reichsbank vom 7. Dezember ...

Neben vorstehenden Eigenheiten der Bank in Rentenmark ...

Der Rückgang des Reichsschatzanweisungskurses steht ...

Die beachtliche Überleitung von zusammen 11 Millionen ...

Die Reichsbankkassen erhöht die Ausleihungen um ...

1 Dollar 4,22 Billionen.

Die Anforderungen, die zu Beginn der neuen Woche ...

Die Marktbewegung im Ausland zeigt keine ...

Am Markt der Dollarschatzanweisungen ...

Ungünstige Aussichten in der Brauindustrie.

Die Engländer-Fraueri A. G. in Berlin ...

Der Reichsgericht hat sich über die ...

Oesterreichisch-italienische Eisenkonzepte ...

Die ostliche Skoda-Anleihe ...

Am Markt der unnotierten Werte ...

Notierungen in Billionen Papiermark

Die heutige Berliner Produktionsbörse ...

Preis in Goldmark ...

Produkte heute Vorgang Produkte heute Vortrag

Der Verkauf der deutschen Farbenpatente ...

Die Frankfurter Börse ...

Die Berliner Börse ...

Verhältnisse für den 21. Januar ...

Zollanlassung für die Hamburger Sterling-Anleihe ...

